Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsstunden: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 10. Sonnabend, 12. Januar 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben: 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Jede Textzeile. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Polens Antwort an Rußland.

Die polnische Regierung hat sich reichlich Zeit gelassen, den bekannten Paktvorschlag Moskaus zu beantworten. Wenn man jetzt in der Lage ist, die offizielle Antwort Warschaus an die Sowjets durchzulesen, so wird man zugeben müssen, daß die lange Zeitdauer der Ausarbeitung dieses Schriftstückes wenigstens ein wundervoll kennzeichnendes Dokument zutage gefördert hat. Die polnische Regierung hat es also nicht gewagt, wie sie ursprünglich wohl beabsichtigte, den Vorschlag Moskaus, den Kelloggpakt zwischen den beiden Staaten sofort in Kraft zu setzen, abzulehnen. In ihrer Antwortnote erklärt sich die Warschauer Regierung sogar prinzipiell bereit, das Angebot Moskaus anzunehmen. Diese prinzipielle Bereiterklärung wird aber völlig gegenstandslos, wenn man sich den weiteren Wortlaut des Schriftstückes vor Augen hält. Hier wimmelt es von Vorbehalten, von angeblichen Richtigstellungen, von Bedenken, und dies in einem Maße, daß man schließlich die Antwort eher als eine Absage denn als eine Zusage auffassen kann. Polen verschanzt sich bei seinen Bedenken in der Hauptsache hinter Formalitäten, die aber künstlich konstruiert sind, keinesfalls jedoch zutreffen. Die Einwände der polnischen Note sind zum Teil direkt falsch. Warschau erklärt, daß es höchst verwundert sei, weil das russische Angebot sich nur an die Adresse Polens und Litauens wende, nicht aber an die Regierung Estlands, Finnlands und Rumäniens. Diese Tatsache bezeichnet Warschau in seiner Antwortnote als eine Erschwerung der Lage, vergißt aber zu berücksichtigen, daß Moskau selbst bereits darauf hingewiesen hat, daß es sich an die betreffenden Staaten mit dem Vorschlage nicht habe wenden können, weil eines teils die Randstaaten dem Kellogg-Abkommen noch nicht beigetreten sind und weil andererseits zwischen Rußland und Rumänien noch gewisse Differenzpunkte schwebten, die vor dem Inkrafttreten des Kelloggpaktes unbedingt beseitigt werden müßten. Die letztere Begründung ist besonders stichhaltig, wenn man sich vergegenwärtigt, daß zurzeit zwischen Rumänien und Rußland die diplomatischen Beziehungen abgebrochen sind. Die Irrtümer der polnischen Antwortnote sind so kraß und selbstverständlich, daß sie nur in das offizielle Dokument hineingenommen sein können, weil andere Einwände überhaupt nicht aufzufinden waren. So bestätigt die polnische Antwort die Annahme, daß der russische Paktvorschlag die polnische Regierung in eine Verlegenheit gesetzt hat, wie sie sich peinlicher überhaupt nicht denken läßt. Annehmen will sie den Vorschlag nicht. Aber sie kann ihn auch nicht ablehnen, weil sie sich sonst in den Augen der Weltöffentlichkeit eine Blöße gäbe. Die Sowjets werden daher mit dem Erfolg ihres Schrittes sehr zufrieden sein. Die verkappte Ablehnung ihres Vorschlages zeigt ihnen, daß ihre Befürchtungen über gewiß nicht friedfertige Absichten Polens durchaus begründet waren. Wenn nun auch die Weltöffentlichkeit auf Grund des so aufschlußreichen polnischen Antwortdokuments die gleiche Ueberzeugung gewinnen muß, wie sie bereits schon seit langer Zeit in Moskau wurde, so kann das den Sowjets nur recht sein.

Die Ausführungsbestimmungen zum Reichsbesoldungsgesetz.

vdz. Berlin. Der Beamtenausschuß des Reichstages setzte am Freitag die Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsbesoldungsgesetz fort bei Nr. 20, die vom Berichterstatter Abg. Steinkopf (Soz.) als Kernfrage des ganzen Problems der Besoldungsregelung wegen des Verlustes an Besoldungsdienstalter bezeichnet wurde. Während Preußen den Verlust auf vier Jahre beschränkt habe, herrsche im Reiche ein völliger Wirrwarr. Der Berichterstatter schlug Entschließungen vor, wonach die Reichsregierung prüfen soll, ob es möglich sei, die Gestaltung des Besoldungsdienstalters auf eine andere Grundlage zu stellen, dabei eine Schädigung der Beamten zu vermeiden und das Ergebnis der Prüfung in einer Denkschrift vorzulegen. Ferner soll die Reichsregierung mit der Preußischen Regierung in Verhandlungen darüber eintreten, wie sich eine grundsätzliche, gleichmäßige Behandlung der Reichs- und preußischen Staatsbeamten in der Besoldungsfrage herbeiführen lasse und über das Ergebnis berichten. Diese Entschließungen wurden angenommen.

Nach einer Auseinandersetzung über die Frage, wie weit für erwerbslose Kinder, insbesondere solche über 21 Jahre, bei Bedürftigkeit Kinderzulagen zu gewähren seien, wurde ein Zusatz beschlossen, wonach der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, in Ausnahmefällen während der Uebergangszeit ähnlich wie in Preußen in weitherziger Weise entgegenkommend zu verfahren. Der Abschnitt über Wartegelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge wurde noch nicht erledigt. Der Vorsitzende stellte fest, daß auch der Bund der Ruhe- und Wartestandsbeamten vom Ausschuß gehört worden wäre, wenn sein Schreiben rechtzeitig und nicht erst am Freitag eingelaufen wäre.

Trauerfeier für den Gesandten Dr. Walroth.

X Berlin. Gestern nachmittag fand im Krematorium Berlin-Wilmersdorf die Trauerfeier für den verstorbenen deutschen Gesandten in Oslo, Dr. Walroth, statt, bei welcher der Geistliche der Familie, Pfarrer Rohde, in seiner Rede in wärmsten Worten ein Bild von dem Schaffen und Wirken des Verstorbenen gab. Unter der zahlreichen Trauergemeinde hatten sich der japanische Botschafter, sowie die Gesandten von Norwegen und Island, die namens ihrer Regierungen am Sarge des Verstorbenen Kränze in ihren Landesfarben niederlegten, ferner der finnische und der estnische Gesandte, sowie die Gattin des litauischen Gesandten eingefunden. Das Auswärtige Amt war durch Staatssekretär Dr. v. Schubert und Gattin vertreten. Weiter nahmen u. a. Geheimrat Kastl und der Direktor des Rußland-Ausschusses, Dr. Kremer, sowie Ministerialdirektor Deutelmoser, ferner der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Dr. Zechlin, und schließlich eine große Anzahl von Beamten des Auswärtigen Amtes, u. a. die Ministerialdirektoren Dr. Trautmann und Dr. Schneider und Gesandter Freytag teil.

Erstaunliche Poincaré-Rede in der Kammer.

* Paris. (Telunion.) Im Verlauf der Freitagsitzung der Kammer nahm Poincaré das Wort zu seiner mit Spannung erwarteten Rede. Er stellte zunächst fest, daß in der öffentlichen Meinung eine Mißstimmung herrsche, die man durch Aufhellung der dunklen Punkte zerstreuen könne. Den provisorischen Kredit, dessen sich die Regierung während der letzten beiden Monate erfreute, wolle man ihr in dem Augenblick entziehen, wo die schwerwiegendsten internationalen Fragen aufgeworfen würden. Es würde sehr gefährlich sein, die Regierung zu einem späteren Augenblick, wenn die Reparationsverhandlungen bereits im Gange seien, zu stürzen. Die diplomatischen Verhandlungen über die Reparationsfrage wären zur Zeit beendet. Parker Gilbert habe seinen Bericht veröffentlicht. **Wenn man die Regierung stürzen wolle, so sei jetzt der rechte Augenblick dafür gekommen, nicht erst einige Wochen später.**

Poincaré gab dann einen **geschichtlichen Ueberblick über die parlamentarische Lage** und das Werk der seit dem Juli 1926 von ihm geleiteten Regierungen, wobei er sich einleitend nicht die Bemerkung ersparen konnte, **daß die im Jahre 1926 äußerst ernste wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes auf die Verschleppung der Reparationserfüllungen durch Deutschland (?) zurückzuführen gewesen sei,** wodurch die Aufnahme einer Reihe von Anleihen notwendig geworden wäre.

Am Vorabend der Kammertagung im Herbst 1928, so führte Poincaré u. a. weiter aus, hätten im Kabinett keine Meinungsverschiedenheiten bestanden. Schwierigkeiten seien erst wegen der **Konkredationsartikel** aufgetaucht, für deren Einfügung in das Finanzgesetz Poincaré, wie schon früher, **Briand verantwortlich** machte. Der radikalsozialistische Parteitag von Angers habe die Einigung des Kabinetts über die Behandlung dieser Artikel zerstört.

Bei der **Regierungsneubildung** habe er in allen Parteien Mitarbeiter gesucht und den Radikalsozialisten vier Ministersessel anvertrauen wollen. In der damals gegebenen Lage habe er auf die Mitarbeit der unabhängigen Radikalen nicht verzichten können. Diese hätten die Regierung bei der Wiederherstellung der französischen Währung auf das wertvollste unterstützt. Niemals wäre er damit einverstanden gewesen, diese Partei preiszugeben. Man habe ihm vorgeworfen, Kampfnaturen in sein Kabinett aufgenommen zu haben, wobei man Angriffe im einzelnen gegen Bonnevous gerichtet habe, die er aber nicht gelten lassen wolle.

Im Verlauf der allgemeinen politischen Aussprache weigerte sich Poincaré, als von den Abgeordneten wiederholt Angriffe gegen den elsässischen Staatssekretär Oberkirch laut wurden, auf elsässische Fragen einzugehen, weil sie zu einem späteren Zeitpunkt in allen Einzelheiten beraten würden.

Um 17,30 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen.

Nach kurzer Unterbrechung wurde die Kammersitzung um 18 Uhr fortgesetzt. **Ministerpräsident Poincaré** nahm sofort wieder das Wort und gab **eine Uebersicht über das Regierungsprogramm und die geplanten Reformen.**

Poincaré fuhr dann fort: Vor allem wird das Parlament den Kriegsverzichtsvertrag ratifizieren müssen. Die Aussprache wird sicherlich zeigen, daß Frankreich von allen Ländern der Welt nicht am wenigsten der Sache des Friedens zugetan ist. Das Parlament wird endlich auch die **Reparationsfrage lösen müssen.** Frankreich hat nichts durch eine Aenderung des Dawesplanes zu gewinnen, dessen Zahlungen einen genügenden Ueberschuß für unsere Reparationen lassen. Aber die Sachverständigen von 1928 haben selbst vorgesehen, daß es eines Tages notwendig werden könnte, eine allgemeine Regelung vorzunehmen und die **deutsche Schuld festzusetzen,** damit ihre Mobilisierung möglich wird. Die Reparationsschuld mobilisieren und kommerzialisieren ist gleichbedeutend mit der Verminderung der Reibungen zwischen den Staaten und der Vermehrung der Aussichten für die Regulierung der Zahlungen.

Deutschland hat darauf bestanden, daß die Sachverständigen unabhängig sein sollen. Als Gegenleistung kam man jedoch überein, daß ihre Ansicht die Regierungen nicht binden würde. Wenn die Regierungen sich aussprechen würden, dann würden auch die französischen Kammern nicht abseits gehalten werden, so daß die Rechte aller gewahrt bleiben. Die Gläubiger-Regierungen haben Wert darauf gelegt, Deutschland die Natur und die Bedeutung ihrer gegenseitigen Ansprüche mitzuteilen. Deshalb sind sie einstimmig der Meinung gewesen, die Vorsichtsmaßnahme zu ergreifen, Deutschland über das Mindestmaß zu unterrichten, daß sie annehmen könnten. In einer Note hat die französische Regierung an die Haltung erinnert, die sie bereits in Genf eingenommen hat. Sie hat verlangt, daß ihr genügend hohe Summen vorbehalten bleiben, um ihre Zahlungen gegenüber Amerika leisten zu können und eine Entschädigung zu erhalten, um ihre Reparationen zu decken. Deutschland hat Vorbehalte gemacht, aber es hat seine Zustimmung zu der Ernennung der Sachverständigen gegeben.

Zum Schluß erklärte **Poincaré: Ich hoffe aufrichtig, daß nach aufmerksamer Prüfung der Sachverständigen-Ausschuß anerkennen wird, daß die französischen Forderungen mäßig sind, daß die gegenwärtigen Jahreszahlungen der deutschen Zahlungsfähigkeit angepaßt sind und daß der Bericht Parker Gilberts eine geeignete Unterlage für die Verhandlungen bildet. Wenn der Ausschuß nicht zu dem Ergebnis kommen sollte, wird man am Dawesplan festhalten müssen, da dieser solange bestehen wird, bis er durch eine andere Lösung ersetzt werden kann. Wenn aber der Ausschuß, wie ich hoffe, eine Lösung findet, die den Interessen der Gläubiger und den berechtigten Interessen Deutschlands entspricht, so wird die Stellung Frankreichs gegenüber seinen Gläubigerstaaten bedeutend gebessert. Die französischen Schulden sind dann garantiert durch die Zahlungen Deutschlands. Das ermöglicht vielleicht eine neue Prüfung der Schuldenfrage. Aber es ist genug, daß jeder Tag seine Last hat. Wir wollen uns mit dieser Frage noch nicht beschäftigen. Für den Augenblick ist die allein zu regelnde Frage die Frage der Reparationen. Gerade die Reparationsfrage ist es, die mich daran verhindert hat, mich von der Arbeit in die Ruhe zurückzuziehen. Denn man hat mich davon überzeugt, daß es schwierig wäre, im gegenwärtigen Augenblick die Leitung der Geschäfte zu ändern. Ich habe die Wahrheit dieser Behauptung erkannt. Man hat erzählt, daß Briand und ich einerseits und Briand und Painlevé andererseits in einer Opposition zueinander stünden. Die Wahrheit ist, daß in keinem Augenblick während des letzten Jahres der Ministerpräsident in seinem Kabinett die geringsten Meinungsverschiedenheiten mit seinen Kollegen über die Frage der Sicherheit und der Reparationen hatte. Frankreich wird der Welt zeigen, daß die beste Garantie für den allgemeinen Wohlstand der Welt ein Weltfriede ist.**

Nach der Rede Poincarés wurde die Sitzung geschlossen und eine neue Sitzung auf 21 Uhr anberaumt.

Vertrauensvotum für Poincaré.

)(Paris. Mit 336 gegen 261 Stimmen sprach die Kammer der Regierung dadurch das Vertrauen aus, daß sie für die Tagesordnung Gibille (Linksrepublikaner) stimmte, die von Poincaré angenommen war, und die lautet: **„Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung, spricht ihr das Vertrauen aus, lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über."**

Die Sitzung wurde um 1.05 Uhr französischer Zeit aufgehoben.

Politischer Umsturz in der Nordmandschurei.

Tschanghsueliang erschossen?

* Peking. (Telunion.) Wie aus Tokio gemeldet wird, veröffentlicht die offiziöse Telegraphen-Agentur „Simbon Rengo" Meldungen über bedeutsame Ereignisse in der Nordmandschurei, wonach ein politischer Umsturz eingetreten sein soll. Tschanghsueliang sei gefangen genommen worden und das Waffendepot von Aufständischen besetzt, die angeblich von dem ehemaligen Generalstabschef Tschangtsolin und des letzten Generalstabschefs Tschanghsueliang General Yen, geführt werden. Der Umsturz soll unter Losung vor sich gegangen sein: „Nieder mit der Kuomintangflagge, Krieg der Nanking-Regierung".

Nach Meldungen einer anderen japanischen Agentur ist Tschanghsueliang sogar erschossen. Eine offizielle Bestätigung hat diese Nachricht von chinesischer Seite noch nicht erfahren.

Ein neues Gasunglück. — Ein Toter, ein Schwerkranker.

X Mühlheim (Ruhr). Auf der Ziegelei des Steinbruchs Wetzand in Broich ereignete sich ein schwerer Unfall. Als in der vergangenen Nacht der 55jährige Ziegelbrenner Franz Vieber seinen 57jährigen Bruder Hermann zur Ablösung in der Nachtschicht wecken wollte, fand er ihn tot im Bett in der Arbeiterbude vor, die ihnen als Schlafstelle diente. Nach Benachrichtigung des Ziegelmeisters blieb Franz Vieber bei seinem toten Bruder. Gestern früh ließ er sich nicht sehen. Man erbrach die Bude und fand auch Franz Vieber in seinem Bett bewußtlos vor. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, schwebt aber noch in Lebensgefahr. Es soll von einer Gasleitung, die die Ziegelei versorgt und unter der Bude entlang geht, Gas in größeren Mengen ausgeströmt und durch den Holzfußboden in die Bretterbude eingedrungen sein.